

Liebe Freunde der Freien Wähler in der Region Stuttgart, sehr geehrte Damen und Herren,

die ersten Monate des Jahres 2010 waren in der Region Stuttgart im wahrsten Sinne des Wortes durch Weichenstellungen geprägt. Der Startschuss für das Jahrhundertprojekt Stuttgart 21 ist gefallen. Trotz Verzögerung und höherer Kosten startet die S 60 im Juni mit dem Vorlaufbetrieb zwischen Böblingen und Maichingen. Der Verkehrsausschuss der Region hat seine Arbeit an der Fortschreibung des Regionalverkehrsplans aufgenommen und das Tarifgefüge des Verkehrsverbunds Stuttgart (VVS) soll kundenfreundlicher werden.

Wo Licht ist, ist auch Schatten. So konnte die begleitende Öffentlichkeitsarbeit für Stuttgart 21 die Vorbehalte vieler Bürgerinnen und Bürger nicht ausräumen. Die Sorge, dass die Maßnahme den Kostenrahmen sprengt ist ebenso da, wie die Furcht vor großen Beeinträchtigungen im Stadt-

gebiet Stuttgart und im S-Bahn-Betrieb. Aus unserer Sicht ist es aber richtig, dass die Projektpartner jetzt das Signal auf Grün gestellt haben. Die Zukunft wird beweisen, welchen Stellenwert diese Maßnahme für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg hat. Den Hochgeschwindigkeitsstrecken als Verbindung zwischen den Metropolen in Europa gehört die Zukunft – und da darf Stuttgart nicht abgehängt werden.

Auch der Ärger über die Kostenentwicklung bei der S 60 ist groß. Die Maßnahme hat als Tangentialverbindung im S-Bahn-Netz aber eine so hohe Bedeutung, dass sie zügig fertig gestellt werden muss.

Wir Regionalräte hoffen, dass es den Kommunen und Landkreisen gelingt, die durch die Wirtschaftskrise bedingte schwierige Lage der Haushalte einigermaßen in den Griff zu bekommen. Man sagt zwar, dass wir gegenwärtig die „schlimmste Krise der Nachkriegszeit“ hätten. Wir wollen das nicht so sehen. Unser Land, vor allem auch

die Region Stuttgart, hat ein nie gekanntes Niveau erreicht. Selbst wenn wir einige Jahre lang Abstriche machen müssen. Baden-Württemberg und die Gemeinden mit ihren Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft haben schon größere Schwierigkeiten gemeistert. Unsere Anstrengungen müssen ein Ziel in den Vordergrund stellen: Die Sicherung der Arbeitsplätze in der Region. Davon hängt viel ab. Die soziale Sicherheit der Familien, Bildung, Kultur, Umweltschutz, Mobilität und Freizeitgestaltung. Die Region Stuttgart ist auch hier gefordert – und wir Freien Wähler sind aktiv dabei.

Freundliche Grüße

Ihre Regionalfraktion
Heinz Kälberer, Peter Aichinger, Alfred Bachofer, Karl-Heinz Balzer, Frank Buß, Dr. Dieter Deuschle, Wilfried Dölker, Rainer Gessler, Andreas Hesky, Joachim Hülscher, Jochen Kretschmaier, Rolf Kurfess, Bernhard Maier, Markus Nau, Thomas Sprißler, Norbert Wiedmann



Die Regional-CDU oder „Wer lindert unseren Schmerz?“

Der Vorsitzende der Regional-CDU, Herr Pröfrock, hat sich zu Wort gemeldet. Beim Regionalparteitag am 26. Februar fuhr er wieder ein Mal eine Attacke gegen die Freien Wähler in der Region. Man kann ja durchaus Verständnis haben für den jungen Mann. Zuerst wird er bei der Kommunalwahl nicht wiedergewählt, dann verliert er auch noch seine Position als Referent des ausgeschiedenen Ministerpräsidenten Oettinger. Die CDU hat bei jeder Regionalwahl Stimmen eingebüßt, zuletzt – wie auch die SPD – massiv. Demgegenüber haben wir Freien Wähler seit Gründung des Verbands Region Stuttgart einen Mandatszuwachs von 60 % erzielt. So etwas muss einen Parteifunktionär mit Frust erfüllen.

Vielleicht sollte die CDU darüber nachdenken, weshalb ihr die Wähler davonlaufen. Wir Freien Wähler stehen durchaus zum Verband Region Stuttgart und seinen zentralen Aufgabenstellungen wie Regionalplanung, Wirtschaftsförderung und Öffentlicher Personennahverkehr. Aber wir sagen nicht kritiklos zu allem Ja und Amen. Diskussionsprozesse tun auch den Verbandsmitgliedern gut, denn daraus erwachsen die besten Lösungen. Pröfrock hat wohlweislich auf konkrete Beispiele verzichtet, als er den Sprechern der Freien Wähler in den Fachausschüssen, Alfred Bachofer, Andreas Hesky und Bernhard Maier „Anti-Regions-Reflexe“ unterstellte. Es mag sein, dass sich die CDU mit den Regionalräten der Freien Wähler schwer tut, über deren Praxiserfahrung und Kompetenz kommt man halt schlecht hinweg.

Wir werden es halten wie bisher. Unsere Positionen orientieren sich am wohlverstandenen Interesse der Bürgerinnen und Bürger in der Region. Da gehört die Sicht



Frank Paukstat

der Gemeinden und Landkreise mit dazu, denn aus deren Haushalten finanziert sich die Region. Gerade weil die Zeiten finanziell schwieriger werden, darf sich die Region nicht alles leisten, was ihr gerade opportun erscheint. Vor Ort fehlt das Geld für Bildung, Kindergärten und die Erhaltung öffentlicher Einrichtungen. Falls es Herr Pröfrock nicht bewusst ist – wir orientieren uns daran, dass jeder Euro öffentliches Geld vom Bürger und der Wirtschaft kommt und nur ein Mal ausgegeben werden kann.

Die S-Bahn von Böblingen nach Renningen (S 60) – wann hat das Drama ein Ende?

Über deren Bedeutung und Notwendigkeit gibt es bei uns Freien Wählern keine Zweifel. Um das S-Bahn-Netz in der Region Stuttgart noch leistungsfähiger zu machen, bedarf es tangentialer Linien wie

die S 60 oder S 40 von Backnang nach Marbach. Was uns die Zornröte ins Gesicht treibt, ist das zeitliche Management und eine Kostenexplosion, die seinesgleichen sucht. Auch wenn die Deutsche Bahn baut, der Verband ist Träger des S-Bahn-Verkehrs und ihn treffen in hohem Maße die Mehrkosten. Immer wieder hat der Verkehrsexperte der Fraktion Freie Wähler, der frühere Böblinger Landrat Bernhard Maier, mahnend und warnend das Wort ergriffen. Leider sind seine Prohezeiungen Realität geworden.

Die Kosten sind von ursprünglich geschätzten rd. 90 Mio € auf ca. 149 Mio. € geklettert, teilweise bedingt durch technische Verbesserungen und höheren Qualitätsstandard. Das ist nur die eine Seite. Der Bauzeitenplan wurde immer wieder Makulatur. Jetzt ist auch der immer wieder bis zum Dezember 2011 verschobene Fertigstellungstermin nicht mehr zu halten. Die Prüfung durch das Eisenbahnbundesamt (EBA) und damit die Förder-Bewilligung für die noch offenen

Baumaßnahmen hat sich um Monate verzögert. Angesichts des bisherigen Projektverlaufs auch kein Wunder, denn das EBA muss natürlich höhere Förderaufwendungen des Bundes vermeiden. Es bleibt nur zu hoffen, dass alle Aufwendungen anerkannt werden, sonst kommt auf die Region ein großes finanzielles Risiko zu.

Die Freien Wähler begrüßen es daher, dass nun ein externes Fachbüro mit der Rechnungsprüfung beauftragt wurde. Noch sinnvoller wäre allerdings eine begleitende Projekt- und Kostensteuerung gewesen.

Damit die bereits getätigten Investitionen nicht brach liegen, hat unsere Fraktion dem Vorlaufbetrieb zwischen Böblingen und Maichingen nicht nur zugestimmt, sondern nachdrücklich gefordert. Durch die zeitliche Ausdehnung bis 23 Uhr wird auch die Abendschicht im Daimler-Werk einbezogen.

340 000 € fallen 2010 für knapp 7 Monate Vorlaufbetrieb an. Dabei muss aber ganz klar sein, dass der Vorlaufbetrieb nur ein Torso ist und für sich allein nur einen geringen verkehrswirtschaftlichen Sinn ergibt. Nachhaltig verkehrswirksam ist nur die ganze S 60 von Renningen bis Böblingen. Sie muss jetzt mit allen Kräften so schnell wie möglich auf die Schiene gesetzt werden. Dabei ist jetzt in erster Linie die Bahn gefordert, um nicht noch mehr Vertrauen zu verspielen.

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, dass neben der Mitfinanzierung der Bau- und Betriebskosten der Verband Region Stuttgart auch die fehlenden Landesmittel auf eine noch unbestimmte Zeit vorfinanzieren muss. Auch das haben wir im Interesse dieses wichtigen Schienenprojekts mitgetragen. Aber jetzt ist das Ende der Fahnenstange erreicht, denn die Vorfinanzierungslast ist mittlerweile auf über 50 Mio. € angewachsen.

S-Bahn Stuttgart – Rückgrat der Mobilitätsregion

Regionalfraktion Freie Wähler im Betriebswerk der Bahn in Plochingen

Mehr als 100 Mio. Fahrgäste im Jahr, 330 000 an jedem Werktag, 8,5 Mio. Zugkilometer und eine hohe Kundenzufriedenheit, das kennzeichnet die S-Bahn in der Region Stuttgart. Sie ist damit das wichtigste öffentliche Verkehrsmittel in der Kernregion. Der Verkehrsverbund Stuttgart (VVS), zu dem neben den Bussen auch die regionalen Schienenverkehre gehören, wäre ohne S-Bahn nicht vorstellbar. Aufgabenträger für die S-Bahn ist der Verband Region Stuttgart, der sich über Fahrgeleinnahmen und eine ÖPNV-Umlage, die die Landkreise aufbringen, finanziert. Um sich ein Bild über Organisation des S-Bahnverkehrs, die Unterhaltung und Pflege der Schienenfahrzeuge und die Sicherheit für die Fahrgäste zu verschaffen, war die Regionalfraktion der Freien Wähler vor Ort im Bahnbetriebswerk Plochingen.

Nach europaweiter Ausschreibung der S-Bahnleistungen, an der allerdings zum Schluss nur noch die Bahn AG beteiligt war, wurde vor wenigen Monaten der bis 2028 laufende neue Vertrag abgeschlossen. Wesentliche Kriterien für die Vergabe durch den Verband Region Stuttgart waren das gute Preis-Leistungsverhältnis, bei dem neben der reinen Kilometervergütung das Management, die Qualität, Pünktlichkeit und Sauberkeit Berücksichtigung fanden. Nach Überzeugung der Freien Wähler hat sich dabei die Erfahrung der Vergangenheit bestätigt, wonach die Bahn AG ein kompetenter und verlässlicher Partner ist.

Ansprechpartner für die Fraktion waren vor Ort der Kaufmännische Leiter Hans-Albrecht Krause und der Technische Leiter Werner Faulhaber. Im Mittelpunkt der Referate und der anschließenden Diskussion stand die technische Ausstattung der künftigen S-Bahn-Fahrzeuge und die Nachrüstung des Flottenbestands. Hans-Albrecht Krause verwies auf mehr Si-



cherheit durch Videoüberwachung, eine deutlich verbesserte Fahrgastinformation und mehr Komfort, etwa durch Klimatisierung, die zum künftigen Standard gehören. Auch die Anregungen aus der Regionalversammlung zu einer personellen Verstärkung der Sicherheitsbestreifung waren Gegenstand des Gesprächs.

Der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion, Bernhard Maier hinterfragte die Beinträchtigungen, die auf den S-Bahn-Betrieb während der Bauzeit von Stuttgart 21 zukommen und kritisierte nachdrücklich die Bauzeitverzögerungen beim Bau der S 60 von Böblingen nach Renningen. Die Vertreter der Bahn sicherten zu, dass man die für alle Linien unvermeidbaren Restriktionen durch S 21 so gering wie möglich halten werde. Dafür werde für die kommenden drei Jahre eigens ein neues Fahrplankonzept erarbeitet. Bei der S 60 hofft man noch immer auf eine Inbetriebnahme bis Ende 2011.

Frank Buß, der Plochinger Bürgermeister, betonte die Bedeutung der Bahn für die Stadt in mehr als 150 Jahren. 44 ha Fläche nehmen die Bahnanlagen in Anspruch. Sie sind ein wichtiger Bestandteil des Verkehrsdrehkreuzes Plochingen mit Schiene, B 10 und Hafen. Wichtig sind für Buß die damit verbundenen Arbeitsplätze, während man andererseits mit Lärmproblemen zu kämpfen habe.

Im Verlauf der Betriebsbesichtigung wies Werner Faulhaber auf die hohen Schäden hin, die nach wie vor durch Graffiti-Sprayer entstehen. Durch eine intensive Information an Schulen will man erreichen, dass solche Sachbeschädigungen nicht mehr als Kavaliersdelikt angesehen werden.

Die Freien Wähler halten nach Inbetriebnahme der S 1 nach Kirchheim und der Fertigstellung der S 60 eine Weiterentwicklung der S-Bahn mit Tangentiallinien auf der Basis des vorliegenden Zukunftskonzept für notwendig und machbar. Voraussetzung

ist, dass das Land Baden-Württemberg die rückständigen Fördermittel in einer Größenordnung von rd. 50 Mio. € aufgebracht hat. An der Spitze der Prioritätenliste steht allerdings für die Fraktion der Anschluss des Landkreises Göppingen.

Einbruch der Kommunalfinanzen gefährdet Daseinsvorsorge

Freie Wähler fordern mehr Rücksicht auf Städte und Gemeinden

Ein nie da gewesener Einbruch in den Finanzen der Städte und Gemeinden in den Haushaltsjahren 2009 bis 2011 gefährdet wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge - wie die gesetzliche Verpflichtung zur Bereitstellung von Krippenplätzen oder den weiteren Ausbau des Schulwesens. Die Förderung von Kultur und Sport, die Unterhaltung von Verkehrswegen und Gebäuden und vieles andere mehr fallen dem Rotstift zum Opfer, weil die Haushalte trotz teilweise dramatischer Steuer- und Gebührenerhöhungen nicht rechtmäßig ausgeglichen werden können. „In dieser außergewöhnlichen Situation müssen alle Ebenen der öffentlichen Hand solidarisch zusammenstehen. Der in der Vergangenheit häufig praktizierte Verschiebepfad zu Lasten der Kommunen darf nicht stattfinden“, fordert Heinz Kälberer, der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler in der Region Stuttgart.

Die Gemeinden im Land haben im Jahr 2009 einen Einnahmerückgang von rd. 3,5 Milliarden € hinnehmen müssen. Die Prognosen für 2010 und 2011 sind kaum besser. Der überwiegende Teil der Städte und Gemeinden kann keinen ausgeglichenen Haushalt vorweisen. Diese Durststrecke wird noch Jahre andauern, denn auch bei einer konjunkturellen Verbesserung kommen die Steuereingänge erst mit erheblicher Verspätung in den Kassen

der Gemeinden und damit auch der Landkreise an.

Die Freien Wähler halten es für unververtretbar, dass der Bund Steuerersenkungen zu Lasten der Gemeindekassen vornimmt, ohne für einen Ausgleich zu sorgen. „Wie sollen die Kommunen angesichts dieser Misere die Verpflichtung erfüllen, noch mehr Krippenplätze bereit zu stellen und die dringend notwendige Neuausrichtung des Schulwesens zu finanzieren“, fragt Kälberer. Wenn es nicht zum Kollaps kommen soll, muss nach seiner Auffassung das Land ab dem kommenden Jahr auf die Entnahmen aus dem Finanzausgleichstopf verzichten und den Gemeindekassen muss ein größerer Anteil an der Gewerbesteuer verbleiben. Wie man angesichts unübersichtlicher Schuldenberge bei Bund und Land von weiteren Steuerersenkungen reden kann, sei nicht nachvollziehbar. Der dadurch erhoffte Konjunkturschub werde durch die fehlenden kommunalen Investitionen ad absurdum geführt.

Die Freien Wähler verweisen auf die in den Großstädten und Landkreisen explodierenden Soziallasten, die letztlich über Umlagen wieder von den Gemeinden bzw. der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern aufgebracht werden müssen. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben öffnet sich immer weiter. In dieser schwierigen Lage appellieren die Freien Wähler in den Landkreisen und in der Region auch an den Verband Region Stuttgart, bei der Bewirtschaftung seines Haushalts strengste Maßstäbe anzulegen und vor weiteren Umlagesteigerungen auf vorhandene Rücklagen zurück zu greifen. „Wir sind froh darüber, dass die anderen Regionalfraktionen unseren Antrag aufgegriffen haben, die Eckpunkte und Ziele des Etats 2011 so früh wie möglich gemeinsam zu erörtern“, verweist der finanzpolitische Sprecher der Freien Wähler in der Region, Oberbürgermeister Andreas Hesky, auf die Beschlussfassung im Ausschuss für Wirtschaft und Verwaltung.

Der Verbandshaushalt 2010 – stabiler Faktor im öffentlichen und Wirtschaftsgeschehen der Region Stuttgart

Leere öffentliche Kassen? – Nicht beim Verband Region Stuttgart!

Die Haushalte der Städte und Gemeinden, der Landkreise und des Verbands Region Stuttgart sind untrennbar miteinander verbunden, quasi ein kommunales Konjunkturpaket. Weil die kommunale Ebene den Verband finanziert, wäre es zu kurz gesprungen, dessen Haushalt isoliert zu betrachten. Während in den Kommunalhaushalten wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise riesige Löcher klaffen, ist der Verbandshaushalt solide finanziert und kann es sich sogar leisten, Rücklagen

in einer Größenordnung von rd. 27 Mio. € zu unterhalten. An dieser Stelle setzt auch die Kritik der Fraktion Freie Wähler an. Es ist finanzwirtschaftlich mehr als zweifelhaft, dass der VRS Rücklagen über viele Jahre zurückhält, während die Kommunen teure Kredite aufnehmen müssen. Nachdem die Fraktion mit ihrem Antrag, die Rücklagen jetzt zur Überbrückung der größten Finanznot einzusetzen, gescheitert ist, wird dieses Ziel für den Etat 2011 weiterhin verfolgt.

Die Bedeutung des Regionshaushalts für das Wirtschaftsgeschehen ist sehr hoch einzuschätzen. Unser Ballungsraum braucht einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr. S-Bahn und Verkehrsverbund beanspruchen nicht nur die größten Ausgabeposten, sichern nicht nur die Mobilität, sondern stellen auch unmittelbar wirksame Wirtschaftsförderung dar. Nur schade, dass Stuttgart 21

wegen der unglücklichen Informationspolitik über die Kosten nicht aus den negativen Schlagzeilen kommt. Man wird erst in Jahren erkennen, welche grundlegende Weichenstellung für die Entwicklung der Region und des Landes dieses Projekt darstellen wird.

Weitere Impulse setzt der Verbandshaushalt mit der Erarbeitung des Regionalverkehrsplans und der Mitfinanzierung weiterer Maßnahmen für den Landschaftspark.

Die Wirtschaftsförderung ist unabhängig von der jeweiligen Konjunkturlage eine Langzeitaufgabe mit höchster Priorität. Insgesamt steuert der Verband dazu 8,5 Mio. € bei. Es ist der WRS zweifelsfrei gelungen, die Region Stuttgart national und international besser zu positionieren. Für künftige Haushaltsjahre haben wir Freien Wähler beantragt, die Fraktionen





der Regionalversammlung nicht erst ab der Einbringung des Etatentwurfs zu beteiligen. Um frühzeitig und nachhaltig steuern zu können, sollte schon bei Vorliegen des Vorjahresergebnisses und der wichtigsten Entwurfszahlen eine Befassung im Wirtschafts- und Verwaltungsausschuss erfolgen.

Zweierlei Maß in Regionalen Grünzügen?

Planungsausschuss stimmt einer industriellen Biogasanlage im Wald zu

Regionale Grünzüge dienen nicht nur der Gliederung der Siedlungsräume. Sie sollen die Landschaft vor nicht verträglichen Eingriffen schützen und Naherholung sichern. Dementsprechend streng wenden Verwaltung und Planungsausschuss derartige Festsetzungen im Regionalplan an. Umso erstaunlicher ist eine vor kurzem getroffene Entscheidung, wonach in ei-

nem regionalen Grünzug im Raum Nürtingen zweieinhalb Hektar Jungwald abgeholzt werden dürfen, um eine Biogasanlage zur Verwertung von Speiseresten zu ermöglichen. Der Planungsausschuss hat eine Zielabweichung akzeptiert, das Regierungspräsidium muss nun darüber entscheiden.

Eine solche Anlage ist wirtschaftlich und ökologisch durchaus sinnvoll, sie ist auch technisch im Normalbetrieb beherrschbar. Dennoch hat sich für uns Freie Wähler die Frage gestellt, ob für eine großindustrielle Anlage mit einem Einzugsgebiet von rd. 150 km nicht ein Standort gefunden werden kann, der nicht im Verdichtungsraum und in der Nähe großer Wohngebiete liegt. Eine solche Anlage kann an jedem Standort, der eine Einspeisung von Gas ermöglicht, ihre positiven Wirkungen erzeugen.

Jeder Landwirt, der im oder am Rande eines Grünzugs eine kleine Biogasanlage oder einen Stall bauen will, bekommt

größte Probleme oder eine Ablehnung. Die Errichtung einer Geschirrhütte zur Pflege einer Streuobstwiese ist regelmäßig unmöglich, Gemeinschaftsschuppenanlagen nehmen oft die Genehmigungshürden nicht. Die Erweiterung von bestehenden Gewerbeobjekten in einen Grünzug hinein ist ein Kampf gegen Windmühlenflügel. Zweierlei Maß?

ANSPRECHPARTNER

Alfred Bachofer
PaulGerhardtStraße 31
72622 Nürtingen
Fon (0 70 22) 47 09 09
Fax (0 70 22) 24 10 69
Mail A.Bachofer@gmx.net

GESTALTUNG

Wager ! Kommunikation
In der Halde 20
72657 Altenriet
Fon (0 71 27) 9 31 58 07
Fax (0 71 27) 9 31 58 08
www.wager.de